

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des beschließenden Verwaltungsausschusses am
18.01.2016 im Ratssaal des Friedrichsbaus, Bühl, Friedrichstraße 2,

Sitzungsdauer: 14:00 Uhr bis 18:10 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Hubert Schnurr

Gremiumsmitglied

Stadträtin Dr. Margret Burget-Behm

Stadtrat Prof. Dr. Karl Ehinger

Stadtrat Daniel Fritz

Stadtrat Oswald Grißtede

Stadtrat Peter Hirn

Stadtrat Ludwig Löschner

Stadtrat Hubert Oberle

Stadtrat Dr. Jan Ernest Rassek

Stadtrat Walter Seifermann

Stadträtin Dr. Claudia Wendenburg

Stadtrat Jörg Woytal

Ortsvorsteher

Ortsverwaltung Weitenung, Daniel Fritz

Ortsvorsteher Vimbuch, Manuel Royal

Verwaltung

Bürgerservice-Recht-Zentrale Dienste,
Martin Bürkle

Finanzen, Johanna Balaskas

Bildung-Kultur-Generationen, Klaus Dürk

Stadtentwicklung, Bauen, Immobilien,

Wolfgang Eller

Wirtschafts- und Strukturförderung/Baurecht,

Corina Bergmaier

Beteiligungsmanagement, Jörg Zimmer

Revision, Thomas Bauer

Rechts- und Ausländerwesen,

Elisabeth Beerens

Projektsteuerung und Administration,

Daniel Back

Ordnungsamt, Andreas Bohnert

Kindertageseinrichtungen u. Generationenar-
beit, Bettina Egner

Kultur, Schule und Sport, Petra Ewert

Finanz- und Rechnungswesen,

Albert Gärtner

Zentrale Dienste, Edwin Höll

Personalwesen, Anna Meixel

Zentrale Dienste, Marc Vollmer

Gäste	1
Presse	2

Tagesordnung

1. Vorberatung des Haushaltsplanentwurfes 2016 sowie des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung
2. Berichte und Anfragen

TOP 1: Vorberatung des Haushaltsplanentwurfes 2016 sowie des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung

Haushaltssatzung 2016

Stadtrat Dr. Rassek fragt nach dem Zusammenhang der Kreditermächtigung über 4,6 Mio. € und des Höchstbetrages der Kassenkredite über 5 Mio. €. FBL Balaskas erläutert, dass die Kreditermächtigung nach § 2 der Haushaltssatzung zur dauerhaften Finanzierung der Investitionen im Finanzhaushalt diene, Kassenkredite allerdings nur zur vorübergehenden Liquiditätssicherung der Stadtkasse bestimmt seien, jedoch nicht als dauerhaftes Finanzierungsinstrument wie ein langfristiges Darlehen verwendet werden können.

Teilhaushalt 1 Zentrale Steuerung und Innere Verwaltung (S. 22 ff)

1110 Kommunale Steuerung

Stadtrat Grißtede fragt nach einer Gesamtdarstellung der Globalmittel, die an mehreren Stellen im Haushaltsplan immer wieder mit Teilbeträgen angegeben seien. Eine Gesamtdarstellung ist auf S. 429 abgebildet.

Stadtrat Prof. Ehinger moniert beispielhaft an der Produktbeschreibung zu PC 1110 immer wieder fehlende Angaben zu voraussichtlichen Fallzahlen oder Personalstellen für das Jahr 2016. Außerdem möchte er wissen, wie es zu den sehr unterschiedlichen Kosten je Einwohner bei den verschiedenen Ortsverwaltungen kommt. Soweit möglich sollen bis zur Sitzung am Mittwoch von den Fachbereichen, hier vom FB BRZ (Herrn Bürkle) sowie von der Personalabteilung (Frau Meixel) entsprechende Angaben zusammengestellt werden. Die Aufstellungen werden am Mittwoch als Tischvorlagen ausgehändigt (Tischvorlage sowie Anlagen 1 bis 3).

1111 Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung (S. 32 ff)

Auf Nachfrage von Stadtrat Prof. Ehinger informiert Herr Vollmer (Zentrale Dienste), dass es sich bei dem Ansatz über 19 Tsd. € um die zweite Stufe des neuen Ratsinformationssystems handelt (S. 34, I 1111870000), mit dem bereits seit November 2014 die Gemeinderatsvorlagen erstellt werden. Nachdem im letzten Jahr der Friedrichsbau auch mit WLAN ausgestattet wurde, sollen in diesem Jahr die Stadträte mit Tablets ausgestattet werden.

1112 Personal- und Organisationsentwicklung (S. 35 ff)

Auf Nachfrage von Stadtrat Dr. Rassek stellt der Vorsitzende klar, dass es sich bei der angegebenen Anzahl von Fortbildungsveranstaltungen nicht um Veranstaltungen mit dem externen Beratungsbüro Pirl-Consulting handelt.

Stadträtin Dr. Burget-Behm hält die personelle Besetzung in den PC 1112 und nochmals beim PC 1120 – Organisation (S. 55) sowie der weiteren Personalstellen beim PC 1121 – Personalwesen für überhöht und drängt darauf, offenbar bestehende Doppelstrukturen abzubauen angesichts der bisher um rd. 380 Tsd. € hinter dem Ziel zurück liegenden Personalkosteneinsparungen. Der Vorsitzende hält eine Überprüfung mittelfristig für denkbar, wenn sich aus persönlichen Gründen die Möglichkeit ergeben wird. Stadträtin Burget-Behm erklärt, dass die CDU in diesem Falle von einem entsprechenden Antrag ihrerseits absehen werde.

Stadtrat Seifermann hält es für sehr wichtig, dass die gerade in diesem Bereich zum Personal-Controlling geschaffenen Stellen nicht einfach wieder abgebaut werden sollten. Auch Stadtrat Grißtede stimmt ihm dabei zu, da nur durch die konsequente Weiterverfolgung des Prozesses „Bühl 2016“ eine nachhaltige Konsolidierung erreicht werden könne. Auf die Organisations- und Controllingstelle gerade im Bereich Personalbemessung kann seiner Meinung nach nicht verzichtet werden. Der Vorsitzende stellt klar, dass die Aufgabe „Organisation“ und Stellenbedarfsuntersuchungen sicher nicht eingestellt werden können und selbstverständlich dauerhaft besetzt bleiben müssen. Allerdings wird man zu gegebener Zeit überprüfen können, in welchem Umfang die Besetzungen erforderlich sind.

1113 Revision (bisher Rechnungsprüfung) (S. 40 ff)

Auf Nachfrage von Stadtrat Dr. Rassek teilt Herr Bauer mit, dass die überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) zuletzt im Jahr 2009 in Bühl stattfand. Derzeit hat eine bereits seit längerem anstehende Prüfung durch die GPA begonnen, so dass im Jahr 2016 mit den im Plan aufgenommenen 70 Tsd. € Prüfungsgebühren zu rechnen ist. Die jetzige Prüfung bezieht sich auf die Rechnungsabschlüsse der Jahre 2008 bis einschließlich 2011, die noch zu den kameralen Abschlüssen gehören. Die nächste Prüfung wird sich dann hauptsächlich mit der Eröffnungsbilanz zum NKHR sowie den ersten doppelischen Jahresabschlüssen befassen.

Auf Nachfrage von Stadtrat Grißtede informiert Herr Bauer außerdem darüber, dass im Jahr 2015 ein Mitarbeiter teilweise für Personalratszwecke freigestellt war.

11140200 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte (S. 44 ff)

Stadträtin Dr. Burget-Behm schlägt angesichts der deutlich zurück gegangenen Fallzahlen vor, die Beauftragten für verschiedenste Problemstellungen und Lebenslagen z.B. Frauen, Gleichstellung, Senioren u.a. zusammenzulegen, um hier und in anderen Bereichen Einsparungen zu erzielen. Stadtrat Dr. Rassek möchte wissen, ob auf die Frauenbeauftragte auch im Bereich Migration und Flüchtlinge mehr Arbeit zukäme. Stadtrat Prof. Ehinger findet die Anregung von Stadträtin Dr. Burget-Behm für bedenkenswert, Stadtrat Seifermann schließt sich dem Vorschlag einer solchen Überprüfung ebenfalls an. Den Rückgang der Fallzahlen bei der Gleichstellungsbeauftragten führe er jedoch nicht so sehr auf die Überwindung sämtlicher Problemstellungen hier zurück, sondern vielmehr darauf, dass Frau Luft durch ihre neue Funktion noch einige andere Aufgaben zu bewältigen habe.

Stadtrat Grißtede ist ebenfalls der Meinung, dass eine Überprüfung und evtl. mögliche Zusammenlegung durchaus sinnvoll sein könne. Er warne allerdings davor, die verschiedenen Interessenslagen und Arbeitsaufträge zu stark auf eine oder wenige Personen zu konzentrieren. Im Bereich der Integration beispielsweise falle so viel Arbeit an, dass er sich weitere Beauftragungen hier nicht gut vorstellen könne. Außerdem erfordern die verschiedenen Bereiche auch sehr viel Spezialwissen, er sei insofern skeptisch, ob eine Zusammenlegung möglich sein wird.

Der Vorsitzende entgegnet, dass durch gesetzliche Vorgaben die Einrichtung einiger solcher Stellen vorgegeben sei. Organisatorisch überprüft werden könne allerdings durchaus, welche Stellen zusammengelegt werden könnten, um evtl. Synergieeffekte zu nutzen und den gesellschaftlichen Aufgaben immer noch gerecht zu werden.

1114 Personalrat (S. 47 ff)

Auf Nachfrage von Stadträtin Dr. Burget-Behm erklärt der Vorsitzende, dass sich die Kosten je Arbeitnehmer seit 2015 durch die vollständige Freistellung des Personalratsvorsitzenden erhöht hätten. Seit dem Jahr 2015 ist aufgrund einer Änderung im Landespersonalvertretungsgesetz ab einer Größe von neun Mitgliedern für die Tätigkeit des Vorsitzenden eine freie Stelle vorzuhalten.

1114-07 Städtepartnerschaften/Europa (S. 51 ff)

Stadtrat Dr. Rassek möchte wegen des erhöhten Planansatzes wissen, ob die gegenseitigen Besuche von Schülern oder Vereinen in den Partnerstädten im Jahr 2016 mehr als bisher gefördert würden. Der Ansatz war in den letzten Jahren gekürzt gegenüber früher, teilt der Vorsitzende mit, allerdings soll im Jahr 2016 auch das Jugendcamp Youto stattfinden. Stadtrat Seifermann findet es wichtig, dass Bühler Schüler wenigstens einmal während ihrer Schulzeit eine Partnerstadt besuchen. Der Vorsitzende greift den Vorschlag auf, die Verwaltung (FB BKG und Stabsstelle Partnerschaften) wird ein entsprechendes Konzept ausarbeiten.

Stadtrat Fritz regt anhand von Beispielen aus Mattsee und Vorarlberg an, sich verstärkt mit Hilfe von „Best-practice“-Modellen anstehenden Zukunftsfragen zu stellen und ggfls. ein in diesem Bereich erfahrenes Büro zur Beratung hinzu zu ziehen.

1120-0100 Organisation (S. 55 ff)

Stadtrat Fritz kritisiert die schleppende Entwicklung der Stadtverwaltung im Bereich online-services.

Stadtrat Dr. Rassek wundert sich über die abweichenden Angaben zur Beschäftigtenanzahl der Stadtverwaltung bei der Organisationsstelle, beim Personalrat oder bei der Personalverwaltung. Im Wesentlichen sind die Abweichungen auf die unterschiedlichen Aufgabenstellungen zurück zu führen, so ist die Organisationsstelle z.B. nicht für die städtischen Gesellschaften tätig während die Personalverwaltung wiederum ehrenamtliche Stellen auch als „Fallzahlen“ wertet.

1120-0200 Organisation (S. 58 ff)

Stadtrat Grißtede fragt nach, ob an der im letzten Jahr beschlossenen Konzeption zur EDV-Erneuerung festgehalten werde, da die Planansätze offenbar zurückgingen.

Laut Herrn Höll (Abteilung Zentrale Dienste, EDV) wird der festgelegte fünfjährige Rhythmus für den Austausch von PCs weiterhin beibehalten. Nachdem 2015 einige Rückstände aufgeholt werden konnten, sei man nun auf einem guten Weg.

1122 Finanzverwaltung, Kasse (S. 70 ff)

Auf Nachfrage von Stadtrat Seifermann wegen der höher erwarteten Gerichtsvollzieherkosten führen der Vorsitzende und FBL Balaskas aus, dass ab diesem Jahr kein Bediensteter der Stadtkasse mehr im Außendienst tätig sei, sondern die Vollstreckungsarbeit größtenteils im Innendienst erledigt werden solle. Der bisherige mit dieser Aufgabe betraute Bedienstete wird seither in einem anderen Bereich eingesetzt. Vermutlich wird dadurch allerdings trotzdem öfters als bisher die Beauftragung von Gerichtsvollziehern notwendig.

1123 Justizariat (S. 73 ff)

Stadtrat Dr. Rassek befürchtet einen Anstieg der anhängigen Verfahren aus dem Bereich Asylrecht und möchte wissen, ob es zur Bewältigung dieses Anstiegs bereits Überlegungen oder eine Konzeption der Verwaltung gibt. Die Justiziarin Frau Beerens entgegnet, dass Asylrechtsverfahren üblicherweise gegen das BAMF zu führen sind, nicht gegen die Stadtverwaltung.

Stadtrat Grißtede wünscht einen Bericht über die bei der Stadtverwaltung im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen auflaufenden und anwachsenden Aufgaben in einer der nächsten Gremiumssitzungen. Der Vorsitzende sagt dies zu.

1124 Gebäudemanagement (S. 76 ff)

Stadträtin Dr. Burget-Behm möchte wissen, warum die Anzahl der zu reinigenden Gebäude um 9 Stück angestiegen sei. Herr Back (Gebäudemanagement) antwortet, dass neu die Feuerwehrgebäude (Kernstadt und Ortsteile) auf sehr niedrigem Standard in die städtische Gebäudereinigung aufgenommen wurden.

Stadtrat Fritz drängt auf eine weitere Reduzierung des Reinigungsaufwandes in den städtischen Gebäuden. Herr Back verweist auf die vom Gemeinderat im Jahr 2012 beschlossene Reinigungskonzeption mit sehr stark herunter gefahrenen Standards für die Verwaltungsgebäude. Das Konzept wird seither von der Verwaltung ständig weiter entwickelt, immer unter Abwägung von Kosteneinsparungen und Werterhaltung der Gebäude.

Stadtrat Dr. Rassek stellt die Frage, ob die Stadt angesichts des Bedarfs an Wohnraum u.a. für Flüchtlinge an ihrer Absicht zum Verkauf etlicher Gebäude festhalten will und wie der Bedarf gedeckt werden soll. FBL Eller führt aus, dass die Konzeption des städtischen Gebäudebedarfs derzeit besonders unter diesem Aspekt überarbeitet werde. Vorrangig werden die im Eigentum der Stadt stehenden Gebäude, die anderweitig nicht gebraucht würden, darauf hin überprüft, ob sie zur Folgeunterbringung geeignet seien.

Stadtrat Hirn folgert daraus, dass die Verwaltung weniger Gebäude als bisher geplant verkaufen will. Stadtrat Grißtede sieht die Stadt vor enormen Herausforderungen und verweist auf andere Städte, die dem Leerstand von Wohnungen inzwischen mit Zwangsgeldandrohungen begegneten. Das Vorhaben der Stadt, verschiedene Nutzungen städtischer Räume durch die Verwaltung selbst, Vereine oder sonstige Dritte in weniger Gebäuden zu konzentrieren und dadurch Räumlichkeiten frei zu machen, sei auch unter diesem Aspekt richtig.

Stadtrat Seifermann bezeichnet es als eine fortdauernde Aufgabe, Gebäudemanagement immer weiter zu optimieren und auch diejenigen Gebäude, die im städtischen Eigentum verbleiben sollten, mit dem gebotenen Aufwand zu unterhalten und zu bewirtschaften. Er fände außerdem Vergleichszahlen anderer Kommunen zum Thema Gebäudereinigung interessant. Herr Back sagt die Vorlage solcher Kennzahlen wie z.B. Reinigungsleistung je m² oder je Arbeitsstunde mit anderen Städten, die bereits das NKHR eingeführt haben zu.

Stadtrat Dr. Rassek erkundigt sich danach, ob die zur Flüchtlingsunterbringung genutzten Gebäude von externen Firmen gereinigt würden. FBL Bürkle erwidert, dass die Unterkünfte und Zimmer von den Bewohnern selbst rein gehalten werden müssten. Die Zimmer und Gemeinschaftsräume, Küchen oder Sanitärräume würden jedoch ein- bis zweimal jährlich von Reinigungsfirmen zusätzlich professionell gereinigt werden, um Hygieneanforderungen in den stark beanspruchten Räumen gerecht zu werden.

Stadtrat Seifermann erinnert an die von der Verwaltung versprochene Auflistung aller städtischen Gebäude und fragt außerdem nach der Fläche der bisherigen Fraktionsräume im

Friedrichsbau. Der Vorsitzende sagt die Vorlage der bereits aufgestellten Gebäudeübersicht zu (Anlage 2).

Stadtrat Grißtede moniert am Beispiel Friedrichsbau die offenbar ständig anwachsenden Ausgaben für Brandschutzmaßnahmen ausgerechnet in einer finanziell schwierigen Zeit. Stadtrat Hirn pflichtet ihm bei und möchte wissen, warum Umbaumaßnahmen in den Fraktionsräumen anstünden. FBL Eller führt aus, dass die vor rd. 25 Jahren eingebauten Brandschutzklappen nicht funktionstüchtig seien und nun instand gesetzt werden müssten, die baurechtliche Gesetzeslage sei hier eindeutig.

1225-TB Technische Betriebe (Bauhof/Gärtnerei) (S. 84 ff)

Stadtrat Seifermann sieht nach wie vor Einsparpotenzial vor allem in personeller Hinsicht und mahnt die Arbeitsaufnahme hierzu an.

Stadträtin Dr. Burget-Behm findet ebenfalls die Personalkosten sehr hoch und möchte Vergleichszahlen aus anderen Kommunen vorgelegt bekommen. Sie fordert außerdem, das im Erläuterungstext zum Haushaltsplan genannten Bauhofkonzept vorgestellt zu bekommen und eine Erklärung, wie die im Haushalt eingestellten 50 Tsd. € verwendet werden sollen. Der Vorsitzende sagt einen Bericht zum Bauhofkonzept zu. Der Vorsitzende und FBL Eller erläutern die Notwendigkeit, das ursprünglich für nur 25 Bauhof-Mitarbeiter erstellte Gebäude in der Erlenstraße auf die durch die Zusammenlegung mit der Stadtgärtnerei und den Ortsteilbauhöfen inzwischen auf etwa 50 Mitarbeiter erforderlichen Räume umzubauen und zu erweitern. Im jetzigen Gebäude sind die arbeitsrechtlich vorgeschriebenen Schmutz- und Sauberräume (sogenannte Schwarz-Weiß-Bereiche), Sanitärräume und Spinde nicht unterzubringen. Sofern nicht der zentrale Bauhof in der Kernstadt entsprechend umgebaut werden soll, müssten weiterhin die Ortsteil-Bauhofräume genutzt werden und im dortigen Sanitärbereich entsprechend nachgerüstet werden.

Stadtrat Fritz kritisiert die Vielzahl an Pflanzbeeten in verschiedenen Stadtbezirken, die von einem kommunalen Bauhof nicht mehr sorgfältig gepflegt werden könnten. Er fordert ein Konzept, in dem die städtischen Grünflächen und der notwendige Aufwand für Pflege und auch Sauberhaltung des öffentlichen Raums dargestellt sind. Der Vorsitzende bestätigt die Notwendigkeit eines solchen Konzeptes und verweist auf die im Haushalt aufgenommenen Ansätze zur Erstellung solcher Kataster.

Es entsteht eine Diskussion über zweierlei mit 41,- € sowie mit 51,- € angegebenen Stundensätzen einer Bauhofstunde. Der Unterschied der beiden Stundensatzangaben soll am Mittwoch aufgeklärt werden (Tischvorlage).

Stadtrat Grißtede äußert seine Verwunderung darüber, dass es schon wieder ein neues Konzept geben solle und meint, dass das erst vor wenigen Jahren verabschiedete Bauhofkonzept besser endlich umgesetzt werden solle und es keines neuen Konzeptes bedürfe. Außerdem findet auch er Baukosten von rd. 1,3 Mio. € für den Umbau sehr teuer und schlägt vor, anstatt einer aufwändigen, teuren Aufstockung dann eher einen günstigeren Anbau zu erstellen. FBL Eller bestätigt das Bestehen des bereits bekannten Bauhofkonzeptes, verweist aber auf das erst vor kurzem erstellte Organigramm des FB SBI mit Herrn Schuchter als neuem Abteilungsleiter für Tiefbau und Bauhof. Zum Umbau des Bauhofs bestätigt er die Absicht, eher einen Anbau zu erstellen.

Stadtrat Dr. Rassek wirft ein, bei der Überarbeitung der Bauhofkonzeption nicht die politische Entscheidungskompetenz des Gemeinderates außer Acht zu lassen, wenn es um die Pflegestandards für Grünflächen gehe. Er lege Wert darauf, dass die Verwaltung hier nicht eigen-

mächtig das Erscheinungsbild der Stadt nachteilig verändern dürfe.

Stadtrat Grißtede und auch Stadtrat Seifermann mahnen in diesem Zusammenhang an, die bisherigen Standards vor allem bei den Kreiselbepflanzungen etc. wegen der nachhaltig verschlechterten Finanzsituation unbedingt abzusenken.

1130 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (S. 95 ff)

Stadtrat Fritz fragt nach, was aus der angestrebten Änderung bei der Herausgabe der Stadtnachrichten geworden sei. Der Vorsitzende antwortet ihm, dass zukünftig die ausführende Druckerei mehr Serviceleistungen als früher erbrächte, sonst aber keine grundsätzliche Änderung vorgesehen sei.

1133 Grundstücksmanagement (S. 104 ff)

Stadtrat Oberle möchte wissen, ob der Ansatz für Grunderwerb vor allem für das Baugebiet Hofmatten vorgesehen sei. Der Vorsitzende verneint dies, da diese Grundstücke bereits zum größten Teil in städtischem Eigentum stünden. Die Mittel sind für notwendigen Grunderwerb in den Planungsbereichen Im Feil, Hinterfeldweg und Kirchgassmatten-Nord vorgesehen.

Stadtrat Oberle verweist auf die Praxis anderer Kommunen, nahezu die gesamten Baulandverfahren an Erschließungsträger zu übertragen. Der Vorsitzende entgegnet ihm, dass in kleineren Kommunen oftmals das notwendige Personal zur Durchführung des gesamten Planungsverfahrens und zur Abwicklung nicht zur Verfügung stünde.

Stadtrat Dr. Rassek wünscht bei den Kennzahlen zum Grundstücksverkehr eine Differenzierung bei der Zahlenangabe der gekauften und verkauften Grundstücke und findet den Anstieg für 2016 erstaunlich. FBL Eller erklärt, dass im Jahr 2016 eine große Anzahl von flächenmäßig kleineren Grunderwerben abgearbeitet werden solle, z.B. viele einzelne Vorgänge für den Gehweg entlang der Ortsdurchfahrt Neusatz.

Teilhaushalt 2 Bürgerservice und Öffentliche Sicherheit (S. 109 ff)

Teilergebnishaushalt – Übersicht S. 110

Stadträtin Dr. Burget-Behm hinterfragt den neu eingestellten Ansatz über 425 Tsd. € für Benutzungsgebühren. FBL Balaskas erklärt kurz, dass es sich hierbei um die erstmals in diesem Bereich abgebildeten Benutzungsgebühren für Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünfte (PC 1220) handele. Bisher waren diese Erträge im Teilhaushalt 1 bei den Wohngebäuden im Bereich Gebäudemanagement (PC 1124) abgebildet.

1220 Ordnungswesen (S. 118 ff)

Stadtrat Grißtede bezweifelt die Möglichkeiten des Ordnungsamtes zur Zuverlässigkeitsprüfung von Waffenbesitzern. Herr Bohnert (Bürgerservice) geht kurz auf die verschiedenen Kontrollmöglichkeiten ein.

Stadtrat Dr. Rassek findet den Mittelansatz für die Beschaffung von Ausstattung und Mobiliar sehr hoch und möchte außerdem wissen, wie weit auch angebotene Möbelspenden von privaten Dritten verwendet würden. FBL Bürkle führt aus, dass die Stadt dazu verpflichtet sei, die Unterkünfte mit nutzbarem, angemessenem Mobiliar auszustatten. Aus früheren Erfahrungen z.B. in den 1990er-Jahren und aus aktuellen Berichten anderer Kommunen wisse man aber, dass gerade bei der Ausstattung eine Gleichbehandlung der unterzubringenden

Personen sehr wichtig sei. Möbelspenden aus dem privaten Bereich entsprächen meistens nicht dem sehr bescheidenen Standard der sonstigen Unterkunftsausstattung und passten oftmals wegen ihrer Abmessungen (z.B. Schlafzimmer, Wohnzimmerschränke) gar nicht in die beengten Räume.

1221 Verkehrswesen (S. 121 ff)

Stadtrat Prof. Ehinger wundert sich über die Personalkostenschwankungen in den Bereichen PC 1220 und 1221. Herr Bohnert erklärt diese mit einer jetzt korrigierten Zuordnung einzelner Mitarbeiter bzw. deren Stellenanteilen in diesen Bereichen. Insgesamt habe keine Stellenveränderung hier stattgefunden.

Stadträtin Dr. Burget-Behm weist auf die Probleme sehbehinderter Menschen hin, da es vor allem in der Kernstadt keine Fußgängerampel mit akustischem Signal gebe und durch die Umgestaltung der Hauptstraße auch der Übergang zwischen Gehweg und Fahrbahn nicht mehr bemerkt werden könne. FBL Bürkle geht kurz auf neueste technische Möglichkeiten ein, nach denen akustische Signale nicht mehr verwendet würden, die Kosten für solche Umrüstungen seien jedoch sehr hoch.

Stadtrat Prof. Ehinger kritisiert die im Vorjahr eingeplant gewesenen Beschaffungskosten einer stationären Geschwindigkeitsanzeige für Weitenung, die seiner Meinung nach wegen fehlender Konsequenzen wenig Wirkung habe. Stadtrat Fritz und Stadtrat Seifermann verteidigen die Anlage, da nachweislich durch die Aufstellung solcher Anlagen eine erzieherische Wirkung und Verminderung der Geschwindigkeitsverstöße eintrete. Herr Bohnert (Bürgerservice) ergänzt, dass mit der günstiger beschafften Anlage durchaus auch Verstöße ordnungsrechtlich aufgezeichnet und geahndet werden können.

Stadtrat Fritz schlägt angesichts des guten Ergebnisses vor, im Verkehrswesen personell aufzustocken. Zum einen zeige der Bereich offensichtlich einen Bedarf, zum anderen könne auch noch ein Überschuss erwirtschaftet werden.

1122 Einwohnerwesen (S. 126 ff)

Stadtrat Dr. Rassek möchte nähere Angaben zu den erbrachten Serviceleistungen für den Schwarzwaldverein und andere Vereine erhalten. FBL Bürkle erklärt, dass es sich um einen geringfügigen und auch rückläufigen Hilfsdienst für diese Vereine handele, der aus früheren Zugeständnissen stamme.

Stadtrat Prof. Ehinger bemängelt die auch in diesem Bereich fehlenden Kennzahlen für das Jahr 2016. Die Zahlen sollen zur Sitzung am Mittwoch nachgeliefert werden (s. Anlage Tischvorlage)

1222 Ausländerwesen (S. 131 ff)

Stadtrat Dr. Rassek wünscht einen Bericht zum Sachstand Ausländerangelegenheiten, Flüchtlingsunterbringung sowie Verfahrenskosten und Arbeitsanfall in der Ausländerbehörde. Frau Beerens stellt kurz die Zuständigkeitsabgrenzungen zwischen Regierungspräsidium, Landratsamt und Stadtverwaltung dar und welche kostenverursachenden Arbeiten bei der städtischen Ausländerbehörde anfallen. Ein Sachstandsbericht soll in einer der nächsten Gremiensitzungen gegeben werden.

1223 Personenstandswesen (S. 135 ff)

Für den Produktbericht soll auf Nachfrage von Stadtrat Dr. Rassek die Anzahl der Staatsangehörigkeitsprüfungen sowie der Personenstandsfälle des Jahres 2015 am Mittwoch nachgereicht werden.

1224 Grundbuchwesen (S. 139 ff)

Stadträtin Dr. Burget-Behm möchte wissen, was mit den 5,28 Personalstellen ab dem Jahr 2018 passieren solle, wenn das Grundbuchamt nach Achern gegeben werde. OB Schnurr teilt mit, dass das Grundbuch bereits im 1. Quartal 2017 aufgelöst werden soll. Für das bisher im Grundbuchamt eingesetzte Personal beschäftige man sich bereits heute mit möglichen Umsetzungen, so hätte der bisherige Leiter des Grundbuchamts, Herr Schuchter, vor kurzem die Abteilungsleitung Tiefbau zusätzlich übernommen. Ein weiterer Mitarbeiter sei zur Umsetzung für den Bereich Liegenschaftsverwaltung vorgesehen, außerdem sei auch noch die künftige Besetzung der Einsichtsstelle zu organisieren.

Stadtrat Oberle berichtet über seine Erfahrungen mit den zentralisierten Grundbuchämtern im näheren Umkreis.

1225 Sozialversicherung (S. 143 ff.)

Stadträtin Burget-Behm möchte wissen, um was es sich bei der Pflegeunfallversicherung handelt. In der Pflegeunfallversicherung sind z.B. Personen versichert, die zu Hause ihre Angehörigen pflegen. Bei berufsmäßiger Dienstleistung sind die Beiträge vom Arbeitgeber zu entrichten, es handelt sich um einen Teilbereich der gesetzlichen Unfallversicherungspflicht.

1260 Brandschutz (S. 147 ff)

Stadtrat Seifermann hinterfragt die Notwendigkeit mehrerer Ansätze für den Einbau von Absauganlagen und möchte wissen, ob es sich um eine gesetzliche Neuregelung handele. Herr Bohnert (Bürgerservice) verneint dies, allerdings müssten in den älteren Ortsteilgebäuden technische Maßnahmen ergriffen werden, um rechtswidrige Zustände zu beseitigen. Hier seien z.B. Umkleidebereiche in den Fahrzeughallen untergebracht, wo sich die Feuerwehrleute dann im Abgasbereich aufhalten müssten.

Die Investitionsausgaben für die Errichtung eines Löschwasserbrunnens am Sportplatz in Eisental möchte Stadtrat Seifermann außerdem begründet bekommen. FBL Eller führt aus, dass es sich hierbei um einen Tiefbrunnen handelt, der im dortigen Wohnumfeld die Löschwasserversorgung sicherstellen soll und außerdem zur Beregnung des dortigen Spielfeldes dienen kann.

Teilhaushalt 3 Schulträgeraufgaben (S. 158 ff)

Teilergebnishaushalt – Übersicht S. 158

Stadtrat Dr. Rassek möchte wissen, mit welchen Schülerzahlen aufgrund der anstehenden Zugänge aus Flüchtlingsfamilien gerechnet werden müsse und ob die Verwaltung ihre Mittelansätze bereits danach ausgerichtet habe. FBL Dürk informiert darüber, dass die Sachkostenzuweisungen des Landes nach der Schulstatistik zum Stichtag 31.10. des Vorjahres (2015) festgelegt würden. Aktuell besuchen 45 Kinder aus Flüchtlingsfamilien Bühler Schulen, in der nächsten Woche sollen nochmals 10 weitere Kinder aufgenommen werden. Mit

den im Haushaltsplan aufgenommenen Mitteln sei dies zu bewältigen.

Stadtrat Oberle weist auf die offensichtlich enorme Kostensteigerung beim Energieverbrauch und beim Reinigungsaufwand hin und möchte diese genauer begründet bekommen, da Heizenergiekosten eigentlich rückläufig seien. Herr Back (Gebäudemanagement) verweist auf die Aufstellung zur internen Leistungsverrechnung der Gebäudereinigung, die insgesamt keine hohe Kostensteigerung aufweise. Zur Sitzung am Mittwoch sollen die Gesamtkosten nochmals dargelegt werden. Die Energiekosten seien im Voraus schwer zu schätzen, da sowohl Wasser-, Strom- als auch besonders der Heizenergieverbrauch sehr stark von den klimatischen Entwicklungen während eines Jahres abhängig sei.

Stadtrat Prof. Ehinger findet die stark unterschiedlichen Angaben zum „Zuschuss je Schüler“ (Produktbeschreibung S. 163) befremdlich und verlangt eine Erklärung dafür. FBL Dürk führt aus, dass nur für die weiterführenden Schulen ab dem 5. Schuljahr Sachkostenbeiträge vom Land im Rahmen des FAG gewährt würden, die Zuweisungen werden für die verschiedenen Schularten Haupt-/Werkrealschule, Realschule und Gymnasium in unterschiedlicher Höhe und jährlich schwankend festgesetzt. Außerdem fallen aufgrund der breit gefächerten Betreuungsangebote auch sehr unterschiedliche Kosten in den einzelnen Schulen an.

Stadtrat Prof. Ehinger möchte wissen, ob die Einführung der Gemeinschaftsschule zu einer Kostensteigerung geführt hätte. FBL Dürk bestreitet dies, zumindest sei man hinsichtlich des Kostendeckungsgrades auch dort auf einem guten Weg.

Stadtrat Grißtede berichtet von seinen Bemühungen, Informationen über die Zuschussbedarfe und -möglichkeiten von öffentlichen Schulen im Internet zu finden.

211001 Investitionen Grundschulen (S. 167 ff)

Stadtrat Seifermann bezweifelt die weitere Notwendigkeit des Kellerausbaus in der Grundschule Altschweier, in der Finanzplanung ist für das Jahr 2019 ein Ansatz über 140 Tsd. € eingestellt. Der Vorsitzende bestätigt dies, der Ansatz soll ersatzlos entfallen.

211003 Grund-, Haupt, Werkrealschulen (S. 170 ff)

Stadträtin Burget-Behm möchte nähere Auskünfte zur Erstattung anteiliger Sachkostenbeiträge an die Stadt Lichtenau. FBL Dürk räumt ein, dass hier der Erläuterungstext geändert werden müsse: Die Vereinbarung zur Abführung von Sachkostenbeiträgen für Lichtenauer Schüler ist ausgelaufen, stattdessen sind in diesem Ansatz die mit dem Caritasverband vereinbarte, anteilige Kostentragung der Schulsozialarbeit enthalten.

211004 Bereitstellung und Betrieb von Realschulen (S. 173 ff)

Stadtrat Dr. Rassek vermisst einen finanziell wirksamen Erfolg der eingebauten Hackschnitzelheizung. FBL Eller weist auf die Vertragsgestaltung mit den Stadtwerken hin, die die Heizungsanlage errichtet und konzipiert haben.

211006 Bereitstellung und Betrieb von Gymnasien (S. 176 ff)

Stadtrat Dr. Rassek stellt die Frage, ob zum Thema Erneuerung der Heizungsanlage / Abkehr von den bisherigen Nachtspeicheröfen oder Generalsanierung inzwischen die Überlegungen abgeschlossen seien. Der Vorsitzende informiert darüber, dass die grundsätzliche Entscheidung über Sanierung oder Neuerrichtung des älteren Gebäudeteils am Gymnasium noch in diesem Jahr fallen solle. Hierzu soll in diesem Jahr eine Informationsbesichtigung mit

dem Gemeinderat stattfinden, um die Entscheidung herbeizuführen.

Stadtrat Seifermann plädiert dafür, der Generalsanierung des Gymnasiums oberste Priorität einzuräumen. Ob Sanierung oder Neubau müsse bald entschieden werden, so dass 2017 auf jeden Fall mit den Baumaßnahmen begonnen werden könne. Er beantrage daher, von der erst für 2017 vorgesehenen Planungsrate über 60 Tsd. € die Hälfte schon im Jahr 2016 einzustellen, um die Maßnahme zu beschleunigen. Der Vorsitzende sagt dies zu, der Haushaltsentwurf soll entsprechend abgeändert werden.

Stadtrat Oberle unterstützt dies, erwartet jedoch bei einer Generalsanierung eine deutliche Kostenersparnis gegenüber einem Neubau, bei vermutlich ähnlichen Energieeffizienzwerten.

Teilhaushalt 4, Kultur, Gesundheit und Sport (S. 185 ff)

Teilergebnishaushalt – Übersicht S. 186

Stadträtin Dr. Burget-Behm findet die angegebenen Energiekosten mit rd. 400 Tsd. € sowie die kalkulatorischen Zinsen mit über 1 Mio. € sehr hoch. Da es sich um die Angaben zum gesamten Teilhaushalt handelt, sind hier die Kosten für sämtliche Einrichtungen wie Bürgerhaus, Musikschule, Sportplätze, Sport- und Mehrzweckhallen in Summe angegeben. Der kalkulatorische Zinssatz wurde für das Jahr 2016 mit 2 % angenommen und bezieht sich auf das gebundene Restkapital aller dieser Anlagen.

2520 Kommunale Museen (S. 190)

Stadtrat Dr. Rassek regt an, die Filmchronik wegen der großen Publikumsresonanz zukünftig nicht mehr beengt am Museum vorzustellen sondern in die Veranstaltungsreihe „Kultursommer“ einzubinden und auf einem größeren Platz mit entsprechender Technikunterstützung vorzuführen. Er regt außerdem das Einsammeln eines freiwilligen Obolus an. Stadtrat Hirn gibt zu bedenken, dass gerade die kleinteilige Gestaltung und gewisse Enge beim Stadtmuseum einen großen Anteil am Charakter der Filmnacht habe, der auf einem großen Platz auch leicht verloren gehen könne.

FBL Dürk bestätigt den Erfolg der Bühler Filmnacht, für die auch verwaltungsintern bereits über eine örtliche Verlagerung z.B. zum Bürgerhaus Neuer Markt nachgedacht wurde. Eine solche Verlagerung könne allerdings frühestens 2017 erfolgen. Die Aufstellung von Spendenkassen bei den Veranstaltungen des Kultursommers, zu der auch die Filmnacht gerechnet wurde, habe im letzten Jahr Einnahmen von rd. 1.000 € erbracht.

2521 Stadtgeschichtliches Institut (S. 194 ff.)

Stadtrat Oberle wundert sich über die großen Unterschiede in den Angaben „Zuschuss je Einwohner“ (Produktbeschreibung S. 195) und hinterfragt die Ansätze zu Personalkosten und Verrechnungserlösen im Jahr 2014. FBL Dürk bestätigt die Schwankungen, die tatsächlich aber auf personelle Veränderungen zurück zu führen sind. So ist im letzten Jahr Frau Streicher vom Institut weg gegangen und hat die Stelle beim Bereich „Europa und Partnerschaften“ übernommen, eine weitere Mitarbeiterin wurde im letzten Jahr dort nur vorübergehend zugewiesen. Die derzeit eingestellten Personalkosten werden sich deshalb nochmals verändern.

2620 Musikpflege (S. 199 ff)

Stadtrat Prof. Ehinger möchte wissen, wie hoch der Elternanteil an den Ausbildungskosten für die Stadtkapelle sei. Der von den Eltern zu entrichtende Anteil an den Musikschulentgel-

ten für die Ausbildung in der Stadtkapelle beträgt 70 %, d.h. die Stadtkapelle trägt letztlich 30 % des anfallenden Musikschulentgeltes. Dieser Anteil wird auch gegenüber den sonstigen Musikvereinen und Eltern von Jungmusikern abgerechnet, wenn diese ihre Ausbildung in der Bühler Musik- und Kunstschule erhalten.

2630 Schule für Musik und Darstellende Kunst (S. 203 ff)

Stadtrat Seifermann moniert den stark zurück gegangenen Kostendeckungsgrad. Auch Stadträtin Dr. Burget-Behm und Stadtrat Grißtede haben die niedrigen Erträge bemerkt. FBL Dürk räumt ein, dass in den Ansätzen ein jährlicher Landeszuschuss über bereits bewilligte 80 Tsd. € fehle, der noch nachgetragen werden müsse. Die Ergebnisdarstellung wird sich daher günstiger darstellen. Im Haushaltsplanentwurf werden auf S. 205 die Zuweisungen von bisher 2.000 € auf 82.000 € verändert.

Stadtrat Hirn gibt zu bedenken, die Musikschule als „weichem Standortfaktor“ zu erhalten, dazu würde wohl immer beim Stadthaushalt noch ein gewisses Defizit verbleiben müssen.

2720 Mediathek (S. 208 ff)

Stadtrat Oberle bemängelt den weiterhin abfallenden Kostendeckungsgrad bei der Mediathek trotz der kürzlich beschlossenen Entgelterhöhungen. Im Vergleich zu einigen anderen Mediatheken im Umkreis sei die Bühler Mediathek deutlich zu teuer, was nur teilweise auf das neue Gebäude zurückgeführt werden könne. Er fordert die Verwaltung dazu auf, bei der Mediathek eine Kürzung der Personalausstattung um eine Stelle bzw. bei den Personalaufwendungen um 50 Tsd. € und formuliert dies zunächst als Antrag. FBL Dürk widerspricht dem energisch und führt das vielschichtige Bildungsangebot der Bühler Mediathek ins Feld. Die Mediathek engagiere sich auch sehr stark im Bereich „Lernhilfen Deutsch“ oder bei der Unterstützung der Kindertageseinrichtungen und Grundschulen. Eine Reduzierung der Sicht ausschließlich auf die Ausleihzahlen sei hier nicht sachgerecht.

Stadtrat Seifermann findet die von Stadtrat Oberle angestellten Vergleiche zu anderen Mediatheken trotzdem sehr interessant und aufschlussreich. Er begrüßt die von FBL Dürk vorgeschlagene Aufarbeitung der Leistungen der Mediathek in einer der nächsten Kulturausschusssitzungen und möchte dabei auch aussagekräftige Vergleiche des Leistungsspektrums präsentiert bekommen.

Frau Ewert (Kulturbüro) weist darauf hin, dass einige der von Stadtrat Oberle genannten Mediatheken über eine automatisierte Selbstverbuchungsanlage verfügen, bei der kein Beschäftigter mehr für die Ausgabe und Rücknahme von Medien bereit steht. Dies spare zwar Personal, allerdings lägen die Einrichtungskosten sicherlich bei rd. 100 Tsd. €.

Stadtrat Oberle gibt sich mit den Ausführungen nicht zufrieden. Stadtrat Seifermann bekräftigt seinen Wunsch nach einem umfassenden Bericht und einer Untersuchung auf weitere Sparmöglichkeiten für die Mediathek, auch die Einsatzmöglichkeiten einer Selbstverbuchungsanlage sollen dazu beleuchtet werden. Stadtrat Dr. Rassek schließt sich dem ebenfalls an, der Handlungsbedarf an dieser rein freiwilligen Aufgabe sei hoch, der Kostendeckungsgrad mit nicht einmal 10 % viel zu niedrig. Stadtrat Fritz pflichtet der Notwendigkeit bei, das Thema „Mediathek“ demnächst in einer Ausschusssitzung umfassend zu behandeln, um auf sachlich fundierter Grundlage notwendige Entscheidungen zu treffen. Stadtrat Prof. Ehinger und auch Stadtrat Grißtede schließen sich dem Gesagten an.

2730 Bühler Bildungsportal (S. 213 ff)

Stadträtin Burget-Behm bemängelt auch hier den niedrigen Kostendeckungsgrad und fordert eine volle Kostendeckung für sämtliche Kurse und Vortragsreihen. Hier würden Leistungen angeboten, die überhaupt nicht unsere Aufgaben seien. FBL Dürk räumt ein, dass die Preiskalkulation für die Frauen- und Seniorenakademie bisher nur die Fremdhonorare an Referenten und einen Großteil der Raumkosten beinhalteten, nicht aber eigene Personal- und Verwaltungskosten. Eine Entgelterhöhung müsste auch hier in einer Kultur- und Sozialausschusssitzung beraten werden.

Stadtrat Seifermann warnt davor, ausgerechnet beim hohen Gut „Bildung“ stark und unüberlegt zu kürzen, nur mit Blick auf die Verbesserung von Kostendeckungsgraden. Die Richtigkeit dieses Weges und auch die Erfolgsaussichten bezweifelt er, kritische Überprüfungen seien jedoch durchaus angebracht.

Stadtrat Grißtede äußert sich dahingehend, dass hier eine Konkurrenz zur Kreisaufgabe und Einrichtung „Volkshochschule“ bestünde und außerdem sehr viele auswärtige Teilnehmer vom Bühler Angebot profitierten. Vor allem hier sehe er ein sehr großes Einsparpotenzial. Stadträtin Dr. Burget-Behm schließt sich dem an.

OB Schnurr sagt eine Behandlung der Thematik zu. FBL Dürk weist auf die noch auszuweidenden Angebote im Bereich der Sprachkurse zur Integration hin, für die außerdem umfangreiche Bundesmittel abgerufen werden können.

2810 Kulturpflege, kulturelle Veranstaltungen (S. 217 ff)

Stadträtin Burget-Behm beanstandet im Zusammenhang mit kulturellen Veranstaltungen wie z. B. dem Bluegrass Festival die bereits vorab erfolgende, vertragliche Festlegung von Auftritten, noch bevor der Gemeinderat überhaupt entscheiden kann, ob überhaupt Mittel für die Veranstaltung bereitgestellt werden sollen. FBL Dürk bestätigt, dass für einige Veranstaltungen die vertraglichen Zusagen bereits im Vorjahr erfolgen u.a. auch aus terminlichen Gründen. Für 2016 seien zum Bluegrass Festival die Verträge bereits geschlossen, man sei inzwischen bereits an Vorgesprächen für Gestaltungen im Jahr 2017. Er sei jedoch gerne bereit, die teilweise auch veränderten Konzeptionen und Rahmenbedingungen des kulturellen Angebotes den Stadträten vorzustellen.

Stadtrat Löschner weist darauf hin, dass es bei den kulturellen Veranstaltungen einige hoch defizitäre Bereiche gäbe und setzt diese in einen Zusammenhang zum vorher auch schon heftig kritisierten Bildungsportal. Das Spargebot gelte überall, nicht nur in einzelnen Bereichen.

Stadtrat Dr. Rassek hält es für geboten, am Kulturgut „Bildung“ weiterhin vor allem beim breitgefächerten schulischen Angebot festzuhalten, räumt aber ein, dass eine Abwägung zwischen der Vielzahl an Freiwilligkeitsleistungen schwierig sei. Auf seine spezielle Nachfrage bestätigt FBL Dürk außerdem, dass der bisherige Hauptsponsor des Bluegrass Festivals seine Unterstützung weiterhin gewähre.

Stadtrat Seifermann erkennt die Einsparbemühungen und Kürzungen der Verwaltung im Bereich der kulturellen Veranstaltungen an, die Zuschussbedarfe waren schon wesentlich höher als im vorliegenden Haushaltsentwurf.

Stadtrat Hirn pflichtet ihm bei und betont die Attraktivität der vielfältigen kulturellen Veranstaltungen.

tungen, insbesondere des Kultursommers, nicht nur für Bühler Bürger sondern auch für Urlauber und Touristen.

Stadtrat Prof. Ehinger weist auf die bestehende Unruhe bei den Bühler Vereinen hin, die zu einer Kostenbeteiligung an den von ihnen genutzten städtischen Räumen heran gezogen werden sollen. Um dauerhaft Ausgaben zu senken, schlägt er für das Bluegrass Festival die Einführung eines Zwei-Jahres-Rhythmus vor ähnlich wie beim Jazztival und beim Novemberlicht.

Stadtrat Grißtede sieht angesichts jährlicher Kosten von 13 Tsd. € für das Bluegrass Festival keine Benachteiligung von Bühler Vereinen, die jährlich mit deutlich höheren Leistungen von der Stadt unterstützt würden. Bei den jährlich durch die Nutzung von Räumlichkeiten entstehenden Kosten könnte dagegen ein hoher Einspareffekt erzielt werden.

Stadtrat Fritz sieht weitere Kürzungen bei den Mitteln für einzelne Veranstaltungen ebenfalls kritisch, da dann die Qualität des Angebotes wohl deutlich absinke. Er lege jedoch Wert darauf, nicht den Bereich Vereinsförderung mit der Thematik städtischer, kultureller Veranstaltungsangebote zu vermengen.

FBL Dürk appelliert an die Stadträte, die verschiedenen Tätigkeitsfelder von Musikvereinen, städtischem kulturellen Angebot und noch Sportförderung nicht zu vermengen oder gegenseitig aufzurechnen, städtische Veranstaltungen wie das Bluegrass Festival seien z.B. ein Erfolg für die örtliche Hotellerie.

2810 Bürgerhaus Neuer Markt (S. 225 ff)

Stadträtin Burget-Behm erinnert an den Vorschlag ihrer Fraktion, tagsüber die Empfangstheke beim Bürgerhaus zu schließen, um dort sowohl Personal- als auch Betriebskosten zu sparen. Der Kostendeckungsgrad solle möglichst auf 30 % (bisher 23,4 %) angehoben werden.

Stadtrat Löschner fordert Erklärungen für die stark veränderten kalkulatorischen Kosten und die internen Verrechnungsleistungen. Der Rückgang bei den Abschreibungen ist größtenteils auf den Ablauf der Nutzungsdauer von technischen Anlagen nach 25 Jahren Betrieb zurück zu führen. Der Anstieg der internen Verrechnungen ist vor allem auf erhöhte Umlageverbuchungen in den Teilhaushalt 1 für die Kommunale Steuerungsumlage und für das Bürgerhaus zu erbringenden Verwaltungsleistungen zurück zu führen.

Stadtrat Dr. Rassek hofft, dass mit der Nachfolgebesetzung für die Leitung des Bürgerhauses auch eine gewisse Verbesserung am Finanzergebnis einhergeht.

Stadtrat Oberle kommt nochmals auf den Vorschlag zurück, den Ticketverkauf nicht mehr tagsüber im Bürgerhaus abzuwickeln sondern im Rathaus II (Bürgerservice) oder evtl. in der Mediathek. FBL Dürk hält angesichts von jährlich rd. 260 Veranstaltungen mit eigenem Ticketverkauf und dem oftmals hohen Kundenandrang eine Verlagerung zum Bürgerservice für nicht durchführbar. An der Infothek würden außerdem auch Verwaltungsarbeiten erledigt, so dass dort ein „normaler“, ausgelasteter Arbeitsplatz gegeben sei.

Auf Nachfrage von Stadtrat Löschner erklärt FBL Dürk außerdem, dass das Angebot an Veranstaltungen mit klassischer Musik überarbeitet werde und seinen Stellenwert im Gesamtangebot behalten müsse.

4241 Sportstätten (S. 244 ff)

Stadtrat Fritz schätzt den Erfolg der beschafften Rasenroboter zur Kosteneinsparung und zur

Qualität bei der Sportplatzpflege niedriger als ursprünglich erwartet ein und erkundigt sich nach den Erfahrungen bei anderen Sportanlagen. Er möchte wissen, wie die Verwaltung hier zukünftig vorgehen möchte. FBL Eller berichtet über die Beobachtungen und Feststellungen zu den einzelnen Sportplätzen, allerdings sei es für eine endgültige Entscheidung noch zu früh. Sicherlich müssten ein bis zwei weitere Jahre hier Zeit gegeben werden, bevor eine abschließende Beurteilung des Rasenrobotereinsatzes erfolgen könne.

Stadtrat Grißtede legt Wert auf die Feststellung, dass auch bei den Sporthallen und Sportplätzen der Kostendeckungsgrad sehr niedrig sei. Stadtrat Dr. Rassek erkundigt sich, ob die Verwaltung Maßnahmen zur Steigerung der Erträge anstrebe. Der Vorsitzende verweist auf die im AK Haushalt bereits gemachten Vorschläge.

Stadtrat Fritz stellt fest, dass es bei der Personalausstattung / Hausmeistertätigkeit große Unterschiede gibt. Er hält es anstelle höherer Hallennutzungsentgelte von den Vereinen zu verlangen für möglich, diese in Hausmeistertätigkeiten stärker einzubinden und auf diesem Weg Einsparpotenziale zu realisieren.

Stadtrat Prof. Ehinger fällt die sehr niedrige Auslastung der Reblandhalle auf. Außerdem informiert er über Wünsche aus dem Ortsteil Moos, in der Karl-Reinfried-Halle einen zweiten Umkleideraum und die Möglichkeit zur Geräteaufbewahrung zu schaffen. Der Vorsitzende entgegnet, dass diese Wünsche bereits in einer Bürgerversammlung vorgetragen wurden. Im Zuge der für 2016 vorgesehenen Neukonzeption für den Kindergarten, dem Baugebiet und weiteren Einrichtungen in Moos könne untersucht werden, welche Realisierungsmöglichkeiten hierzu bestünden.

Stadtrat Grißtede weist auf die extrem hohen Kosten je Belegungsstunde bei der Reblandhalle hin, die sich aus der sehr geringen Nutzung ergeben. Stadtrat Seifermann erinnert daran, dass es in Altschweier auch noch die Grundschulturnhalle gebe und sich deshalb die Nutzungen auf zwei Hallen verteilen. Beide sind der Ansicht, dass hier eine andere Lösung gefunden werden müsse.

Stadträtin Dr. Burget-Behm möchte wissen, um was es sich bei den 400 Tsd. € an Transferaufwendungen an die Sportstätten GmbH handle (S. 245). FBL Balaskas erklärt, dass es sich bei diesem Betrag um eine etwa hälftige Verlustabdeckung der Sparte Hallenbetrieb handle. Die anteilige hoheitliche Nutzung aus Schulsport u.a. liegt bei etwa der Hälfte der Nutzungsstunden, diesen Anteil übernehme der Stadthaushalt. Der Spartenverlust in der GmbH liegt bei 810 Tsd. € im Wirtschaftsplan 2016.

Um 18.15 Uhr schließt der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt und schlägt vor, den Haushaltsentwurf in der nächsten Sitzung am Mittwoch, den 20.01.2016 weiter zu beraten. Er ruft daher den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

TOP 2: Berichte und Anfragen

Schneeräumdienst Unteramthof

Stadtrat Prof. Ehinger möchte wissen, wer für den unterschiedlich ausgeführten Schneeräumdienst auf den Parkplätzen im Unteramthof (Park-and-Ride) verantwortlich sei. Während der eine Parkplatz freigeräumt war, lagen auf dem anderen Parkplatz an der Siemensstraße noch größere Eisbrocken, die eine Nutzung verhinderten. Laut FBL Eller werden beide Parkplätze vom städtischen Bauhof überwacht und geräumt.

Zur Beglaubigung:

Der Oberbürgermeister

Die Stadträte/innen:

Hubert Schnurr

Die Schriftführerin:

Johanna Balaskas